



NOCH VIEL MEHR ALS 2015? – POLITIK HÄLT SIE NICHT AUF

Massen von „Flüchtlingen“ stehen bereit

Von CHEVROLET | Österreichs ehemaliger und wohl auch künftiger Bundeskanzler Sebastian Kurz hat es schon am 26. September ohne Umschweife ausgesprochen: Mit Blick auf Griechenland und die Türkei und die „Flüchtlinge“, die über die Balkanroute nach Mitteleuropa vordringen, sagte er: „Dort braut sich was zusammen“. Was Kurz meinte, sind die Flüchtlingsmassen, die sich zunehmend über die Ägais und Griechenland auf den Weg ins gelobte Land machen, um Vollversorgung zu erhalten.

Zusammen braut sich auch anderswo etwas, wie Kurz in dem Interview mit der Bild-Zeitung kritisierte: „Wenn ich mir anschaue, wie sich die Politik in Spanien in den letzten Jahren geändert hat, in Richtung wieder mehr offene Grenzen, wenn ich mir anschaue, was jetzt in Italien die neue Linie ist, dass sie dort wieder mehr offene Häfen anvisieren, dann ist das eine Umkehr in der Migrationspolitik“, so Kurz.

Dies seien „keine sehr richtigen Signale, [die aus Europa in Richtung Afrika](#), in Richtung der Schlepper gesendet werden.“

Doch für die deutschen Politiker war das nur Wahlkampfgetöse des Österreichers. Es sollte dann doch noch ein paar Tage

dauern, bis der deutsche Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), wegen seiner Wetterwendigkeit auch Drehhofer genannt, das Gleiche bemerkte wie Kurz im September. In einem [Interview mit der „Bild am Sonntag“](#) erklärte Seehofer: „Wir müssen unseren europäischen Partner bei den Kontrollen an den EU-Außengrenzen mehr helfen. Wir haben sie zu lange alleine gelassen. Wenn wir das nicht machen, werden wir eine Flüchtlingswelle wie 2015 erleben – vielleicht sogar noch eine größere als vor vier Jahren.“

Zusammen mit der neuen EU-Kommissionspräsidentin von Merkels Gnade, Ursula von der Leyen, werde er alles tun, „dass sich das nicht wiederholt“.

Sein erster Schritt dazu ist lauthals zu verkünden, dass Deutschland jeweils ein Viertel der über Libyen und Italien kommenden „Flüchtlinge“ aus Afrika aufnimmt. Die werden ja bekanntlich von den Gutmenschen-„Rettern“ direkt bei den Schleusern abgeholt und nach Europa gebracht.

So sind es außerordentlich gute Nachrichten für die angehenden „Flüchtlinge“, die in Libyen schon Boot bei Fuß stehen, aber auch für die Schlepper, denen in die Hände gespielt wird, wenn sie in ihrer Werbung die mindestens 25-prozentige Chance der direkten Weiterreise nach Deutschland anbieten können. Carola Rackete und ihre Spießgesellen werden den Rest erledigen.

Doch was hilft es, sich nur um die zentrale Mittelmeer-Route zu sorgen, über die nur ein Teil der Versorgungssuchenden dieser Welt nach Deutschland und Europa kommt?

Im Westen, in Spanien, sind die Grenzen sperrangelweit offen, und der Weg übers Mittelmeer ist kurz und vergleichsweise ungefährlich. Oder die jungen Herren klettern mal schnell über die Zäune in Spanisch-Marokko in Ceuta und Melilla.

Und dann ist da natürlich noch die berühmte Balkan-Route, auf der die neuen Herren in deutlich größerer Zahl wieder nach Mitteleuropa gelangen. Auch wenn immer wieder behauptet wurde,

dass dieser Weg geschlossen sei, war die Balkan-Route nie zu, und jetzt ist sie längst wieder erste Wahl bei denen geworden, die sich ein süßes Leben vom fremdem Geld erhoffen.

Das ist auch dem türkischen Präsidenten Erdogan zu verdanken, der zunehmend mehr Flüchtlinge gen Westen los lässt. Einmal will er seine Glaubensbrüder aus Nahost sowieso loswerden, weil sie in der türkischen Bevölkerung immer unbeliebter werden, und zum anderen will er mehr Geld dafür, dass er die Arbeit der EU-Staaten übernimmt, die Grenze zu sichern, sozusagen die Türkei den Türsteher der EU macht.

Das Verhalten der Türkei in Sachen Flüchtlingen [kritisierte Kurz und droht](#) dem türkischen Premierminister Recep Tayyip Erdogan: „Es gibt einen Deal mit der Türkei, der hat uns als Europäische Union teures Geld gekostet. Insofern wäre es am besten, wenn wir geschlossen dem Präsidenten Erdogan vermitteln, dass, wenn er sich nicht an diesen Deal hält, dass das Konsequenzen hat.“

Kurz schloss auch einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen nicht aus und drohte mit weiteren wirtschaftlichen Konsequenzen und einer klaren Linie. „Wenn wir uns auf Erdogans Spielfeld begeben und wieder mit ihm verhandeln, dann werden wir immer mehr an ihn bezahlen und er wird immer mehr den Eindruck haben, dass er uns in der Hand hat“, so Kurz.

Österreich zeigte Seehofer unterdessen die kalte Schulter, was die Aufnahme weiterer Flüchtlinge anbetrifft. Und das geht schon bei denen, die auf der [zentralen Mittelmeerroute](#) kommen, los. Davon werden außer Deutschland, Frankreich, Malta und Italien nur Kroatien, Finnland, Irland, Litauen, Luxemburg und Portugal Personen aufnehmen. Angesichts der Größe der Länder werden es nur wenige sein. Und ein „Flüchtling“, der ins schöne Litauen kommt, wird sicher nicht lange dort bleiben, denn die Weiterreise ins wahre Zielland Deutschland kostet per Fernbus gerade mal 30 bis 40 Euro.



Dacia – das verschleierte Fahrvergnügen

Von ACHILL PATRAS | Dacia ist zur neuen Massenmarke auf dem deutschen Automarkt geworden. Modelle sind bereits unter 10.000 Euro zu haben. Duster, Sandero, Dokker und Lodgy's sind mittlerweile fester Bestandteil des Straßenbildes in Deutschland. Was die wenigsten Käufer wissen: Die meisten Modelle werden nicht mehr beim Markensitz von Dacia in Rumänien produziert, sondern im islamischen Königreich Marokko. Der Renault-Konzern hat so durch die Hintertür den deutschen Automarkt mit billigen Halal-Autos überschwemmt.

Autokonzerne sind nicht erst seit gestern einem enormen Kostendruck ausgesetzt. Starteten ursprünglich nur japanische und koreanische Autobauer zu einer beeindruckenden Aufholjagd, sind heute die chinesischen Autobauer am Zuge. Die deutsche Autoindustrie hat hier – ironisch gesagt – ganze Arbeit geleistet, denn die deutsche Autoproduktion im Reich der Mitte findet ausschließlich in Partnerschaft mit chinesischen Unternehmen (Joint venture) statt. Dies ermöglicht den Chinesen, die deutsche Technik abzukupfern und jetzt als deren Konkurrenten aufzutreten.

Um diesem Kostendruck entgegenzutreten haben viele Autobauer in Schwellenländern eigene Produktionsstätten aufgebaut. So werden Autos für Südamerika – wie von VW – meist gleich auch dort produziert. Der japanische Toyota-Konzern produziert in Indonesien seinen Familien-Van Avanza. Der koreanische Autobauer Hyundai den Creta in Indien. Sie kennen die Modelle Creta oder Avanza nicht? Dies hat einen Grund, denn diese wie andere Billigmodelle werden ausschließlich für Entwicklungsländer produziert und nicht nach Europa oder die USA exportiert.

Renault bricht ein ungeschriebenes Gesetz

Dieses ungeschriebene Gesetz hat der Renault/Nissan-Konzern gebrochen. Der Konzern schraubt nicht nur in Entwicklungsländern europäische Autoteile für den lokalen Markt zusammen, sondern er hat den Spieß umgedreht. Nun wird in Marokko für den Europäischen Markt produziert. Über eine Milliarde Euro wurden in Tangier und Casablanca in neue Fabriken investiert. Gewaltige Wertschöpfungsketten wurden so ins islamische Ausland transferiert und entsprechende Arbeitsplätze in Europa abgebaut.

Dabei war die Dacia-Übernahme 1999 durch den Renault/Nissan-Konzern eigentlich eine europäische Erfolgsgeschichte. Renault hatte das Image der rumänischen Marke mit frischem Design aufgepeppt und Chassis und Motoren auf französisches Niveau gebracht. Die Motorproduktion und Fertigungslinien im rumänischen Mioveni produzierten kostengünstig den Dacia Logan und später den Mini-SUV Duster. Arbeitsplätze blieben so zumindest in der EU und wanderten nicht außerhalb des Kontinents.

Aber bereits ab 2005 wandelte sich die Strategie des Renault-Konzerns. Mit dem Kauf des marokkanischen Autobauers Somaca wurden schrittweise immer größere Investitionen in dem nordafrikanischen Land getätigt und Autos unter der rumänischen Marke Dacia nach Europa exportiert. Es folgte der

Bau einer neuen Fabrik in Tangier. Mittlerweile stammen die in Deutschland verkauften Modelle des Sandero, des Lodgy und der Kleintransporter Dokker ausschließlich aus dem islamischen Königreich. Auch ein Großteil des Logan wird mittlerweile in Marokko gefertigt.

Marokko – Hauptakteur der Islamisierung Afrikas

Dass der Renault-Konzern ausgerechnet Marokko zum Autoexporteur aufsteigen lässt, ist mehr als fragwürdig. In dem Land riskieren nicht nur [skandinavische Touristen Kopf und Kragen](#) – König Mohammad der Sechste erpresst Spanien und die EU auch regelmäßig mit der Flüchtlingskarte. Ähnlich wie Erdogan, dem Despoten am Bosphorus, öffnet Mohammad der Sechste die Flüchtlingsschleusen und lässt Schlepper an seinen Küsten frei agieren. Erst Geheimabkommen mit Spanien und Zahlungen der EU konnten den König dazu bewegen, seine Grenzen in Richtung Europa zu kontrollieren und illegale Einwanderung von seinem Staatsgebiet zu verhindern. Neben dieser Erpressung ist das Königreich einer der wichtigsten Akteure in der Islamisierung Schwarzafrikas. Über eine Million Koranausgaben werden jedes Jahr in Afrika kostenlos verteilt. Zudem werden muslimische Missionare aus Schwarzafrika auf Staatskosten in Marokko ausgebildet. Dacia-Käufer unterstützen dieses Treiben zumindest indirekt durch ihren Autokauf.

Verantwortungsbewussten Autofahrern bleibt daher nur übrig, über die wahre Herkunft der Dacia auf deutschen Straßen aufzuklären. Sie kennen sicherlich Dacia-Fahrer oder Personen, die vielleicht in den nächsten Jahren ein Auto kaufen werden? Vielleicht lässt sich die eine oder andere Kaufentscheidung noch beeinflussen? Idealerweise kauft man natürlich Autos aus Deutschland. Aber auch hier ist Vorsicht geboten. Der VW-Konzern gehört zu 15 Prozent dem Radikalen-Islamunterstützer Katar. Opel und Ford aus deutscher Produktion sind daher im unteren Preissegment zu bevorzugen. Ansonsten natürlich andere europäische Marken wie Fiat, deren Autos neben Italien auch in Polen produziert werden.

Eine preiswerte Alternative zum Dacia Duster stellt der Kia Sportage da. Denn der koreanische Autobauer zeigt, dass es auch anders geht. Kia hat seit 2004 seine Produktion für den europäischen Markt nach Europa verlegt und nach eigenen Angaben inklusive Zulieferer 150.000 Arbeitsplätze geschaffen. Der Fabrikstandort liegt im Visegrad-Staat Slowakei, der sich gemeinsam mit Ungarn vehement gegen illegale Einwanderung ausspricht. Dort wird neben dem Sportage auch der Kia XCeed produziert. Das Modell lässt definitiv jeden Fahrer eines marokkanischen Sandero alt aussehen.



Islam-Hintergrund des Pariser Terroranschlags sollte vertuscht werden

Von EUGEN PRINZ | PI-NEWS [berichtete ausführlich](#) über die vier Messermorde in der Pariser Polizeipräfektur. Vom französischen Innenministerium wurde zunächst der Eindruck verbreitet, es habe sich dabei um eine Art Amoklauf eines Mitarbeiters gehandelt, der Schwierigkeiten am Arbeitsplatz hatte. Zunächst blieb die für Terrorermittlungen zuständige Staatsanwaltschaft außen vor und der Fall wurde als „normales Tötungsdelikt“ behandelt.

Doch schon nach kurzer Zeit sickerte durch, dass der Täter,

der 45-jährige Mickaël Harpon aus Gonesse, einer Ortschaft nördlich von Paris, geboren auf der Karibikinsel Martinique, zum Islam konvertiert war. Zudem erhielt PI-NEWS aus einer französischen Quelle den Hinweis, dass der hörbehinderte Informatiker, der in der nachrichtendienstlichen Abteilung des Polizeipräsidiums beschäftigt war, in Kürze seiner Chefin Rede und Antwort stehen sollte, weshalb er Frauen den Handschlag verweigere.

Blamage für das französische Innenministerium

Das französische Innenministerium steht nun als völlig inkompetent da, nachdem sich durch den Anschlag herausstellte, dass es sich bei Mickaël Harpon um einen Islamisten gehandelt hat, dem man grob fahrlässig den Zugang zu streng geheimen Daten ermöglichte. Dazu gehören die als besonders sensibel eingestuften Informationen über Gefährder, die Datei über die Syrien-Rückkehrer und ihre Familien, sowie die Privatanschriften der Mitarbeiter der Geheimdiensteinheit.

Was noch dazu kommt: An diesem Montag findet in der französischen Nationalversammlung eine Debatte über Einwanderung statt. Daher könnte das Timing der Morde für die Regierung nicht unangenehmer sein. Eine Menge Gründe für den französischen Innenminister Castaner, den Terrorverdacht so lange wie möglich zu verschweigen, was er auch tat. Er weigerte sich in seiner Pressekonferenz nach der Messerattacke sogar, von einem Anschlag zu sprechen und nannte die Messerattacke beschwichtigend einen „mörderischen Parcours“.

„Der Mann hat niemals Verhaltensauffälligkeiten gezeigt“

(Innenminister Castaner über den Täter)

Die Vorgaben des Innenministers wurden auch umgesetzt: Die Zeitung „Le Parisien“ berichtet, dass Kollegen des Täters vor ihrer Zeugenaussage von ihren Vorgesetzten dazu gedrängt wurden, die „islamistischen Verdachtsmomente“ zu verschweigen.

In der Wolle gefärbter Islamist

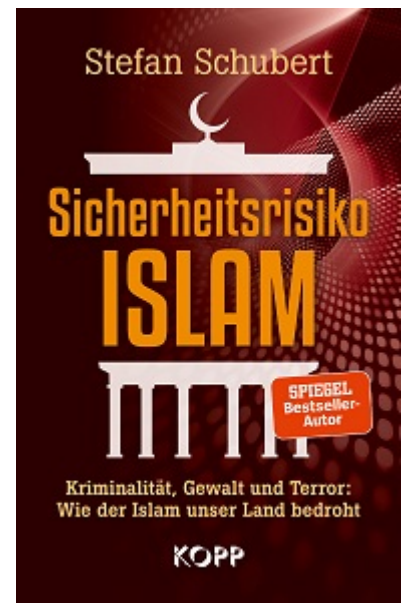
Und davon gab es jede Menge: Bereits im Januar 2015 kommentierte Mickaël Harpon den Terroranschlag auf die Redaktion von „Charlie Hebdo“ mit den Worten: „Ist recht geschehen!“. Kollegen des Messermörders berichteten einem Vorgesetzten von dieser Aussage. Außer der Fertigung eines Aktenvermerks wurde jedoch nichts unternommen. Ferner war zum Zeitpunkt des Anschlags bereits bekannt, dass sich der Informatiker weigerte, Kolleginnen die Hand zu reichen oder – wie in Frankreich üblich – mit Wangenküsschen zu begrüßen. An dieser Stelle nochmal das Zitat des französischen Innenministers:

„Der Mann hat niemals Verhaltensauffälligkeiten gezeigt“

Bereits zum Zeitpunkt des Anschlags lagen also genügend Gründe vor, Harpon von diesem sensiblen Arbeitsplatz zu entfernen und ein Auge auf ihn zu haben. Was allerdings die ersten Ermittlungen nach dem Terroranschlag – denn nichts anderes hat in der Pariser Polizeipräfektur stattgefunden – zutage förderten, wirft ein noch viel schlechteres Licht auf die Sicherheitsarchitektur der Behörde.

Der 45-Jährige war nicht wie ursprünglich verbreitet, vor 18 Monaten zum Islam konvertiert, sondern bereits vor etwa 10 Jahren. [Er hatte Kontakt zu Salafisten](#) und gehörte einer besonders radikalen Strömung des Islam an, teilte Chefermittler Jean-François Ricard am Samstag bei einer Pressekonferenz in Paris mit.

Mit seiner Ehefrau tauschte Mickaël Harpon per Mobiltelefon ausschließlich religiöse Nachrichten aus. Insgesamt 33 solcher Textbotschaften fanden sich auf seinem Handy. Ein Nachbar berichtet, dass er in der Nacht vor der Tat durch einen zweimaligen „Allahu Akbar Schrei“ aus dem Schlaf gerissen wurde.



Unmittelbar vor der Tat hatte Harpon zwei Messer gekauft, eines aus Metall und eines aus Keramik. Bei seinem blutigen Terrorfeldzug, der nur wenigen Minuten dauerte, ging er mit extremer Brutalität vor, wie das Obduktionsergebnis der Opfer zeigt.

Seiner aus Marokko stammenden Frau hatte Harpon den Kauf per SMS mitgeteilt. Die Frau, die nur verhüllt die Straße geht, antwortete: „Allein Gott wird über Dich urteilen“. Sie ist weiterhin in Polizeigewahrsam, und das ist gut so. Auf der Facebook-Seite des Terroristen findet sich das Video eines Imams, der sagt: „Was zählt, ist für den Islam zu sterben.“

„Es gibt keine Hinweise auf eine Radikalisierung des Angreifers. Nur weil Sie ein Muslim sind, bedeutet das nicht, dass Sie ein Terrorist sind“

(Sibeth Ndiaye, französische Regierungssprecherin am Freitagmorgen)



Die französische Regierungssprecherin Sibeth Ndiaye.

Die Pariser Polizisten und deren Gewerkschaften sind empört. Empört darüber, dass ein Islamist unbehelligt an dieser Stelle arbeiten konnte und empört über den Umgang des Innenministers mit dem Terroranschlag. Ohnehin arbeiten die Ordnungshüter aufgrund der Gelbwestenbewegung und der Auswüchse der Migration an der Grenze der Belastbarkeit. Die Nerven liegen blank, wie auch die [hohe Rate an Selbsttötungen](#) bei französischen Polizisten belegt.

Kommentar:

Wer wissen will, wie es bei uns in einigen Jahren aussehen wird, muss nur dorthin schauen, wo die Entwicklung schon ein Stück weiter fortgeschritten ist. In spätestens 10 Jahren wird es in Deutschland ebenso zugehen, wie in Frankreich. Dann haben wir vielleicht auch eine Regierungssprecherin, die so aussieht wie Sibeth Ndiaye, und damit ist jetzt nicht die Hautfarbe gemeint.

Die Bundesregierung tut alles dafür, dass wir auf diesem Weg bleiben, obwohl offensichtlich ist, wohin er führt. Nicht zu vergessen die Mainstream Medien, die diese unheilvolle Massenzuwanderung ebenfalls nach Kräften unterstützen. Und im Fall des Terroranschlags in der Pariser Polizeipräfektur haben sie nur allzu schnell und willig die Mär vom unzufriedenen

Mitarbeiter, der durchgedreht ist, verbreitet. Vermutlich wird als nächstes eine psychische Erkrankung ins Spiel gebracht, um zu retten, was an Ansehen noch zu retten ist.

Dass es auch anders geht, zeigt die [Berichterstattung auf PI-NEWS](#). Das Ergebnis: Man wird den Mainstream Medien künftig noch weniger vertrauen und bei der Suche nach der Wahrheit noch häufiger die Alternativen Medien bemühen. Und das ist gut so.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



Doku: Politischer Islam verfolgt geheime Eroberungsstrategie

Von STEFAN SCHUBERT | Die Islam-NGO »Qatar Charity« verkauft sich öffentlich als Wohltätigkeitsorganisation, die mit bis zu 260 Millionen Euro weltweit aktiv ist. Doch nach der investigativen Recherche von französischen arte-Journalisten bleibt von der angeblichen wohltätigen Agenda der Organisation nicht mehr viel übrig. Vielmehr wird Qatar Charity als Spinne im Netz einer strategisch geplanten Islamisierung entlarvt. Ganz besonders im Visier der Eroberungspläne von Steinzeitislamisten befindet sich Westeuropa, insbesondere Italien, England, Spanien, Frankreich und Deutschland. Die sehr informative arte-Doku »Katar: Millionen für Europas Islam« sollte jeder Bürger dieses Landes gesehen haben.

Ein Whistleblower übergab den französischen Reportern einen USB-Stick über interne Unterlagen der Islam-NGO: Überweisungen, E-Mails, Protokolle, Baupläne, Spenderlisten – insgesamt umfassen die Datenmengen mehrere Tausend Dokumente. Diese rücken Qatar Charity deutlich in die islamisch-ideologische Nähe der Muslimbruderschaft.

In den Unterlagen werden 140 Projekte aufgeführt, die mit insgesamt 260 Millionen Euro finanziert werden. Die arte-Journalisten veröffentlichten eine Liste mit Spendern für die strategische Islamisierung Westeuropas, ganz vorne stehen

darauf Mitglieder der Herrscherfamilie.

Die geheime Agenda der Kataris wird in einem Dokument deutlich, dort steht über den Sinn der Geldflüsse und ihre Bestrebungen »... den wichtigsten Motor zur Verbreitung der islamischen Kultur im Westen und in der Welt«.

Diese Umschreibung belegt nichts Geringeres als den lang gehegten Plan der islamischen Weltherrschaft, des Kalifats.

Katar als Terrorunterstützer und Operationsbasis von Islamisten

Katar und Qatar Charity arbeiten zu diesem Zweck offensichtlich eng mit der Muslimbruderschaft zusammen. Die radikal-islamistische Muslimbruderschaft kann Katar ganz offen als Hauptoperationsbasis nutzen und von dort aus ungehindert agieren. Dazu muss man wissen, dass es sich bei der palästinensischen Terrororganisation Hamas (arabisch für »Kampfgeist«) um einen Zweig der Muslimbruderschaft handelt.

Eines der Ziele der Hamas besteht darin, den Staat Israel mit militärischen Mitteln zu beseitigen und an seiner Stelle einen islamischen Gottesstaat zu errichten. Um das zu erreichen, verübte der militärische Arm der Hamas unzählige Terroranschläge und Selbstmordattentate gegen israelische Zivilisten und Soldaten. Folglich wird die Hamas von den USA, der EU, Israel und selbst von anderen arabisch-muslimischen Staaten juristisch als terroristische Vereinigung eingestuft. In der Gründungscharta der Hamas steht in Artikel 8: »Allah ist ihr Ziel, der Prophet ihr Vorbild, der Koran ihre Verfassung, der Dschihad ihr Weg und der Tod für Gott ihr hehrster Wunsch.« Und der Vorsitzende des Hamas-Politikbüros, Chalid Maschal, residiert seit 2012 in Katar. In Ausführungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz steht über die ideologische Ausrichtung der Muslimbrüder und ihrer weitverzweigten Tarnvereine und Organisationen, dass diese »islamische Rechtsgutachten erlässt, die als Richtlinie für

das Leben von Muslimen in Europa gelten soll«.

Also Scharia statt Grundgesetz. Dazu zielt die Ausrichtung der Muslimbrüder darauf ab, »eine ablehnende Haltung gegenüber westlichen Werten zu verstärken und eine Distanz zur Demokratie zu fördern«. Die nächste Einschätzung des Inlandsgeheimdienstes birgt so viel Brisanz, dass es eigentlich ausreichen müsste, jeden »Islam-gehört-zu-Deutschland« Gutmenschen aus der grün-rosafarbenen Seifenblase zu zerren: »Mit ihren Bemühungen zur Schaffung eines gesellschaftlichen und politischen Systems auf Grundlage der Scharia verstößt sie gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung« so der deutsche Inlandsgeheimdienst.

Katar, Muslimbrüder, Bayern München, Siemens und Angela Merkel

Unter den islamischen Wegbereitern der Ölmilliardäre aus Katar befinden sich auch so illustre Institutionen und Personen wie [Bayern München](#), die FIFA, Angela Merkel und ein beträchtlicher Teil der [deutschen Wirtschaftselite](#). So schreckten unter Korruptionsverdacht stehende FIFA-Funktionäre trotz all dieser öffentlich zugänglichen Beschuldigungen nicht davor zurück, Katar zum Austragungsort der Fußballweltmeisterschaft 2022 zu bestimmen. Obendrein setzten die Kataris bei der FIFA sogar durch, die WM erstmalig in die christliche Weihnachtszeit zu verlegen (21. November – 18. Dezember).

Die Komplizenschaft deutscher Eliten und das Ausmaß von Katars geheimen Plänen in Deutschland enthüllt der Autor in dem gerade erschienenen Buch [Sicherheitsrisiko Islam: Kriminalität, Gewalt und Terror – Wie der Islam unser Land bedroht](#).

Die Ideologie der Muslimbrüder verbreitet Hass und führt zum Terrorismus

Anwar Gargash, Staatsminister der Vereinigten Arabischen Emirate, bezichtigt Katar in der Dokumentation weiterhin, die Muslimbruderschaft (MB) und weitere dschihadistische Gruppen

mit immensen Summen zu unterstützen. Und hinter dem gerade auch von westlichen Medien gefeierten Arabischen Frühling steckt an entscheidenden Schalthebeln die Muslimbruderschaft, die die Unzufriedenheit in der arabischen Welt, wie in Ägypten, zur islamistischen Machtergreifung zu nutzen versuchte.

Europaweit werden Moscheen und Islamzentren mit Geldern aus Katar erbaut, deren Betreiber und öffentliche Vertreter entweder direkt der Muslimbruderschaft oder deren Ideologie zugerechnet werden. Ganz offen propagieren Muslimbrüder, wie deren Ideologe Sayyid Qutb, auch den bewaffneten Kampf zur Erringung einer islamischen Diktatur. Seine Schriften gelten zudem als ideologischer Unterbau von Terrorgruppen wie al-Qaida.

Anstatt dass nun deutsche Politiker unser Land, die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Bürger vor diesen Radikalen schützen, überlassen sie ihnen sogar noch knapp gewordene Baugrundstücke, um weitere Moscheen – laut Erdoğan »Islam-Kasernen« – zu errichten. Neben Katar gilt Recep Tayyip Erdoğan als einer der größten Förderer der Muslimbruderschaft.

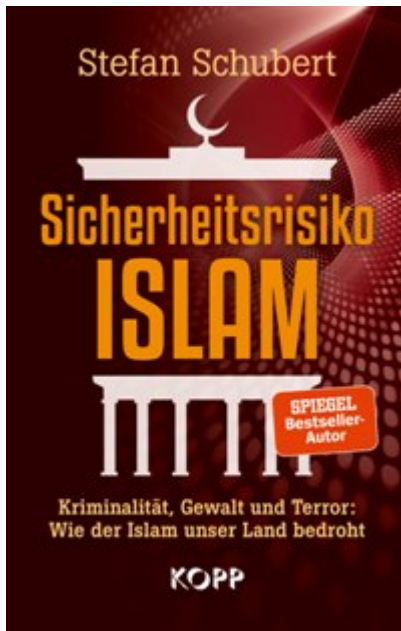
Die Netzwerke der Muslimbrüder in Westeuropa werden immer durchdringender und ihre Projekte immer zahlreicher. In den geheimen Dokumenten finden sich unzählige aktuelle Projekte, die durch die Millionenbeträge der Kataris parallel vorangetrieben werden: Royal Park London, Swansea, Sheffield, Jersey, Mülhausen, Straßburg, Lille, Berlin, Luxemburg, Lugano, Mailand, Sizilien, Schweiz, Belgien, die bayerische Ortschaft Penzberg und München. In vielen Fällen führen die Recherchen zur Ideologie der Muslimbrüder und den katarischen Millionen.

Die Unterlagen belegen die konzentrierte Islamisierung durch die Kataris und die Muslimbruderschaft sowie durch ihnen nahestehende Islamideologen. Sie gehen dabei strategisch

geschickt vor und die in der Doku Interviewten tragen gutsitzende Anzüge, sind rhetorisch geschult und lassen selbst massivste Vorwürfe durch einstudierte Phrasen an sich abperlen. Auf die Frage »Sind Sie ein Muslimbruder?« antworten die Wölfe im Schafspelz unisono: »Alle Muslime sind Brüder...« Es wird zudem deutlich, wie die Muslimbruderschaft mithilfe der katarischen Millionen ganz gezielt die muslimische Masseneinwanderung für ihre Eroberungspläne einsetzt.

»Die nächste Eroberung wird durch Predigt erfolgen«

Erschreckend bei der Doku ist, in welchen Kriegsmetaphern die Islamisten denken und handeln: »Ein Hadith sagt, dass der Islam Rom und somit Italien erobern soll. [...] Die Eroberung Roms, die man als Eroberung Europas sehen könnte, ist die Rückkehr des Islam nach Europa. [...] Die nächste Eroberung wird durch Predigt erfolgen. Die Muslime müssen sich in Schlachtordnung bringen, um diese Welt zu erobern.« Diese Worte spricht einer der Chefideologen der Muslimbruderschaft, Yusuf al-Qaradawi, ganz offen in die Kamera (Minute 29:00). Er besitzt die katarische Staatsbürgerschaft, und auch der TV-Sender Al Jazeera hat seinen Sitz in Doha. Laut kritischen Beobachtern dient Al Jazeera als Propagandainstrument der MB und damit als entscheidendes Werkzeug zur islamischen Radikalisierung des gesamten arabischen Raumes.



Al-Qaradawi verfügt bei Al Jazeera sogar über eine eigene Fernsehsendung, Die Scharia und das Leben. Seit über 15 Jahren gibt der Hassprediger wöchentlich über 60 Millionen Zuschauern Empfehlungen und erteilt Fatwas. So hat er eine Fatwa erlassen, wonach es muslimischen Selbstmordattentäterinnen gestattet sei, das Kopftuch abzulegen, um sich unentdeckt unter israelische Zivilisten mischen zu können und dort eine Bombe zu zünden. Den Holocaust bezeichnet al-Qaradawi als eine gerechte Strafe der Juden für deren

Verderbtheit. Ab Minute 24:00 wird die menschenfeindliche Ideologie der radikal-islamischen Muslimbruderschaft durch Aussagen von al-Qaradawi dokumentiert: Frauen dürfen demnach laut dem Koran geschlagen werden und Homosexuelle sollen von Dächern geworfen oder geopfert werden. Der muslimische Judenhass wird ab Minute 24:55 belegt: »Im Laufe der Geschichte hat Allah die Juden für ihre Korruption bestraft. Die letzte Bestrafung wurde von Hitler ausgeführt.«

Yusuf al-Qaradawi lebt als hochangesehener Mann in der katarischen Hauptstadt Doha und wird von vielen sunnitischen Islam-Organisationen verehrt. Er steht zudem der Herrscherfamilie sehr nahe, den Al Thani, deren Mitglieder sich regelmäßig mit ihm öffentlich zeigen und filmen lassen. Mit diesem Islamisten-Regime in Katar machen Bayern München, die FIFA und deutsche Weltkonzerne wie Siemens Geschäfte, und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel rollt solchen Leuten auch noch den roten Teppich aus.

» Stefan Schubert: [Sicherheitsrisiko Islam](#), 318 Seiten, 22,99 Euro – [hier](#) bestellen!

Dieser Beitrag ist zuerst bei [KOPP Report](#) erschienen.



Video : ARTE über Islamisierung Europas durch Katar

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Die Sendung Dienstag Abend um 20:15 Uhr auf arte dürfte für alle islamkritisch eingestellten Bürger viele hochinteressante Informationen liefern. Der Ankündigungstext ist vielversprechend: So habe ein Whistleblower zwei französischen Journalisten Tausende von vertraulichen Dokumenten der Nichtregierungsorganisation „Qatar Charity“ zugespielt, die als eine der größten NGO's der Golfstaaten gilt. Darin sei das Programm zur Finanzierung von 140 Moscheebauten, Kulturzentren und Schulen beschrieben, die alle mit der Muslimbruderschaft zusammenhängen sollen. Zehn Projekte davon sollen sich in Deutschland befinden.

In den Dokumenten seien Spenderlisten, email-Korrespondenzen und Informationen zu Banküberweisungen enthalten. Sie enthüllten Einzelheiten über ein Missionierungs- und Finanzierungsprogramm „zur Stärkung des politischen Islams in ganz Europa“. Mit 260 Millionen Euro werde dies vorangetrieben, von denen alleine 120 Millionen aus Katar kommen sollen. Die laut arte „investigative filmische Recherche“ gebe Einblicke in die ebenso finanzstarke wie hermetische Organisation „Qatar Charity“, deren Verbindungen bis in die Spitze des Staates Katar und die Herrscherfamilie

Al-Thani reichen sollen.

Diese Einflussversuche haben wir auch in München erleben dürfen, als Imam Bajrambejamin Idriz in München sein geplantes Europäisches Islamzentrum mit 30 Millionen Euro durch Katar finanzieren lassen wollte. Als Höhepunkt unseres drei Jahre laufenden Bürgerbegehrens [konfrontierten wir den Emir von Katar](#) bei seinem Treffen mit dem damaligen Bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer am 18. September 2014 direkt vor dem Prinz-Carl-Palais mit einer [kräftigen Protestveranstaltung](#), bei der wir auch von einem Kamerateam von Al-Jazeera gefilmt wurden.

Schon 2012 wurde bekannt, dass aus Katar hinter den Kulissen intensiv islamische Fundamentalisten und sogar Terrorbanden unterstützt werden. Wie [ein Artikel aus der Welt](#) vom 10.1.2012 aufzeigt, soll Katar eine wesentliche Rolle beim sogenannten „arabischen Frühling“ gespielt haben, der sich sehr schnell zu einer Islamisierungsbewegung entwickelte.

So seien die salafistische Ennahda-Partei in Tunesien, die oppositionellen Gruppen gegen Gaddafi in Libyen und Assad in Syrien sowie die Muslimbrüder in Ägypten aus Katar unterstützt worden. Außerdem islamische Terrorbanden wie al-Qaida, Hamas oder die Taliban, die bezeichnenderweise auch ein Kontaktbüro in Katars Hauptstadt Doha betreiben. 2017 war [im Tagesspiegel zu lesen](#), dass auch der Islamische Staat auf der Finanzierungsliste der Scheichs aus Katar stehen soll.

Es spricht für das Augenverschließen der westlichen Politik, dass man überhaupt kein Problem mit der Austragung der Fußball-WM 2022 in Katar hat. Geld stinkt nunmal nicht, und das fließt aus Katar auch reichlich in europäische Unternehmen, vor allem auch massiv in deutsche. Daher sagte auch die damalige Staatssekretärin Cornelia Piper (FDP) im Juli 2012, dass der Bau des Islamzentrums in München mit der Finanzierung aus Katar in deutschem Interesse liegen würde, wie [die Süddeutsche Zeitung berichtete](#).

Mir kündigte übrigens die [Postbank im Jahre 2013 mein Konto](#), da meine islamkritischen Aktivitäten scheinbar der Unternehmensphilosophie widersprechen würden. Ich bin mir aber sicher, dass eher die Zugehörigkeit der Postbank zur Deutschen Bank bei dieser Entscheidung maßgeblich war, an der Katar mit 10% beteiligt ist.

In Katar laufen viele Fäden zusammen. In Doha [residiert Yusuf Al Qaradawi](#), einer der einflussreichsten Führer der Muslimbruderschaft und Leiter des Europäischen Rates für Fatwa und Forschung. Am Institut „Européen des Sciences Humaines“ in Chateau Chinon hat er den Vorsitz, es gilt als [den Muslimbrüdern nahestehend](#), und von dort aus soll ein internationales Netzwerk von fundamentalistischen Aktivisten vom Nahen Osten bis Dublin und Boston koordiniert werden. Dort studierte übrigens auch Imam Bajrambejamin Idriz aus Penzberg, womit sich wieder einige Kreise schließen.

Die 90-minütige Dokumentation von arte dürfte tief in ein Wespennest hineinstoßen. An Beispielen wird aufgezeigt, wie intensiv die Islamisierung Europas vorangetrieben wird. Das auf dem Kontinent größte Vorhaben für ein Islam-Zentrum befindet sich im elsässischen Mulhouse, wo für 25 Millionen Euro ein riesiges Islamzentrum gebaut wird. Alleine in dem 1000 Quadratmeter großen Moscheeraum sollen 1500 Moslems Platz haben. Dazu wird eine laut arte „mit dubiosen Mitteln“ finanzierte Ausbildungseinrichtung für Imame im zentralfranzösischen Département Nièvre und ein „Flüchtlings“-Zentrum auf Sizilien errichtet.

In diesem Film würden nicht nur die Finanzierungsströme, sondern auch die dahinterstehende Ideologie aufgedeckt. Wer dies nicht um 20:15 Uhr live auf arte verfolgen möchte, kann es bereits jetzt [vorab im Internet ansehen](#).



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon](#).



Wackere Slowenen im Dienste Europas: Bürgerwehr statt Armee

Von CHEVROLET | Sie ist schon legendär, die Balkanroute der sogenannten Flüchtlinge von der Türkei/Griechenland nach

Norden zum von Angela Merkel zum Plündern freigegebenen Deutschland. Ging der Weg ursprünglich über Serbien und Ungarn nach Norden, ist dieser dank Ungarns mutigem Ministerpräsidenten Orbán so nicht mehr möglich. Der Menschennachschub für Merkels Umvolkung läuft dafür jetzt über Bosnien-Kroatien-Slowenien und Österreich.

Zwar müht sich das EU-Land Kroatien redlich, den steten Fluss einzudämmen, doch gelangen immer noch Massen von Menschen nach Slowenien. Das mögen sich auch die fleißigen Slowenen nicht angucken, oder besser gesagt, die slowenischen Bürger nicht. Aus dem Grund haben sich jetzt zur Verstärkung der regulären Grenzwahe an der kroatischen Grenze Bürgerwehren gegründet und fangen Illegale ein, die versuchen, die Grenze zu überqueren, [berichtet der TV-Nachrichtensender Euronews.](#)

Dazu Blaz Zidar, der mit seiner Truppe die Polizeieinheiten des Landes unterstützt: „Ich denke, die einzige Lösung hier ist, dass wir die Armee an die Grenze schicken. Die Situation ist jetzt ähnlich, als ob Sie die Tore eines Gefängnisses öffnen würden und sagen, wir lassen alle Gefangenen raus. Wer würde da drinnen bleiben? Nicht ein einziger“.

Andrej Sisko, Kommandant der Bürgerwehr, sagt: „Was ist das Ziel? Ziel ist es, Menschen und Freiwillige auszubilden, um ihr Land im Bedarfsfall zu verteidigen und dem Militär und der Polizei zu helfen, die öffentliche Ordnung zu kontrollieren. Es gilt in Zeiten massiver Migrationen aus den afrikanischen und asiatischen Staaten, vor allem von Muslimen, unsere Grenzen zu schützen. Denn ein Staat, der nicht in der Lage ist, seine Grenze zu schützen, ist kein souveräner Staat“.

Der slowenische Ministerpräsident Marjan Sarec hatte bei einem Besuch an der kroatischen Grenze eine Verstärkung des Grenzschutzes gegen irreguläre Migranten angekündigt.

35 zusätzliche Soldaten werden an der Grenze postiert. Unter anderem wird das Militär künftig gepanzerte Fahrzeuge und

moderne Überwachungstechnik einsetzen.



Schwedens Kommunen haben sich bei „Flüchtlingen“ übernommen

Von CHEVROLET | Ach, was waren sie glücklich, als die ersten „Flüchtlinge“ kamen: die Kommunen in Deutschland. Wahre Goldstücke, die für neues Leben sorgen, hochgebildete und zivilisierte Menschen, kurzum: besser konnte es nicht kommen. Und je mehr kommen, desto besser.

Doch was da aus den Zügen und Bussen stieg, war alles andere als das, was erwartet und von der großen Politik versprochen wurde. Fast zu 100 Prozent junge kräftige Männer, ohne Bildung, Beruf und Perspektive, kurzum Menschen von der Resterampe, mit denen schlicht nichts anzufangen ist in einem Land, das zu dem Zeitpunkt noch nicht absichtlich de-industrialisiert wird. Die jungen Herren fühlten sich wohl, gefüttert, mit einem Dach überm Kopf versehen und großzügig mit Geld alimentiert. Gedankt wurde das Verwöhnprogramm deluxe durch explodierende Kriminalitätsraten, Vergewaltigungen, sexuelle Belästigungen, Messerstechen und Morden. Das können sie eben, sonst halt nichts.

Und noch etwas können sie: Geld abzocken und mehr mehr mehr

fordern.

Aber, nicht nur in Deutschland war und ist das so, auch in Schweden, wo die Kommunen jubilierten, wenn dann mal Tausende kamen.

Doch auch im Norden Europas kommt inzwischen – und als Patriot möchte man sagen endlich – das böse Erwachen, was für eine Brut man sich da ins Land geholt hat. Eigentlich war es jedem nicht verblendeten Geist klar, dass Merkels Mohammedaner-Sause nicht gut enden könnte, aber wer das voraussagte, war ein Nazi.

Doch immer mehr kommt hoch, was Sache ist. Nehmen wir das Beispiel Schweden.

Hässleholm ist ein Städtchen im Süden des Landes, so etwa zwischen Helsingborg im Westen und Karlskrona im Osten der Provinz Skane/Schonen. 300 „Flüchtlinge“ kommen dort auf 28.500 Schweden. Doch statt der Hochqualifizierten kamen wohl eher die Null-Qualifizierten ins Land, denn selbst nach drei Jahren genießen die Leute es, von Wohlfahrtsleistungen zu leben – und das übliche zu tun: an Ecken herumlungern, Bahnhöfen und ähnlichem.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Lars Johnsson, musste dann auch zugeben, dass 100 der Fachkräfte Analphabeten seien und weitere 200 keinerlei Bildung besäßen. „Die werden wohl niemals in Arbeit gebracht werden“, erklärte er der Zeitung [„Kristianstadsbladet“](#).

Entsprechend explodierten die Sozialkosten in Hässleholm. Waren es 2012 32 Millionen Schwedenkronen (2,9 Millionen Euro), so sind es 2019 schon 54 Millionen (50,2 Millionen Euro), und man erwartet, dass sie jährlich um sechs Millionen Kronen (5,6 Millionen Euro) ansteigen werden, weil es sich die „Flüchtlinge“ ja in der sozialen Hängematte bequem gemacht haben. Um finanziell überleben zu können, bräuchte Hässleholm 100 Millionen Schwedische Kronen (93 Millionen Euro), so

Johnsson.

Nicht anders als in Hässleholm ist es im mittelschwedischen Filipstadt, [wie der Sender SVT berichtet](#). Auch dort wurden die „Flüchtlinge“ einst bejubelt, und nun stellt man überrascht fest, dass sie kein Gewinn, sondern eine Last bis in alle Ewigkeit sind.

„In der Gruppe Migranten und Flüchtlinge herrschen Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von sozialen Wohltaten vor. Es besteht das Risiko, dass die für immer alimentiert werden müssen“, so Claes Hultgren von der Stadt. „Viele sind zu alt und ungebildet oder einfach Analphabeten“, so Hultgren.

Unterdessen verließen immer mehr einheimische Schweden die Stadt, mit dem Ergebnis, dass Jobs nicht mehr besetzt werden könnten, weil die „Neuen“ nicht dazu zu gebrauchen sind.

Doch nicht nur Provinzstädte betrifft das, selbst Göteborg klagt über den Fortzug von gebildeten, jungen Menschen, die auch als Steuerzahler verschwinden.

Und in Stockholm rieb man sich unlängst verwundert die Augen, dass es noch nie so viele Ungebildete und Analphabeten in der Hauptstadt gab. Da funktioniert die Umvolkung ganz gut: Die Schweden, die gebildet sind, ziehen ins Umland, in der Metropole bleibt dann nur der Bodensatz aus den Shitholes des Planeten.



250 Persönlichkeiten fordern Überprüfung der Hass-Verse im Koran

Während in Deutschland muslimische Straßenzüge und Stadtteile zu No-go-Areas mutiert sind, in denen hebräischsprechende, Kippa-Träger und Menschen mit einem Davidstern-Anhänger Gefahr laufen, bedroht und geschlagen zu werden, ereignet sich im Nachbarland Frankreich bereits eine brutale Mordserie durch Islamisten an Juden. Dessen Schilderungen und Hintergründe gehören sicherlich zu den beklemmendsten Passagen im Buch [Sicherheitsrisiko Islam: Kriminalität, Gewalt und Terror – Wie der Islam unser Land bedroht](#).

Infolge der unkontrollierten muslimischen Masseneinwanderung erstarkte der Judenhass nicht nur in Deutschland, sondern in nahezu allen westeuropäischen Ländern. Dennoch bleibt der islamische Antisemitismus in Deutschland ein großes Tabu-Thema, denn dieser überführt gleich mehrere linke Dogmen einer Verdrehung der Realität, die bei der angeblich ausnahmslosen kulturellen Bereicherung durch die muslimische Masseneinwanderung beginnt und über die Integrationsweigerung von Muslimen selbst in der dritten und vierten Einwanderungsgeneration bis hin zur drastischen Verschlechterung der inneren Sicherheit durch einen ansteigenden muslimischen Bevölkerungsanteil reicht.

In der Realität stellt sich der durch Berliner und europäische

Eliten erzwungene Multikulturalismus immer häufiger als ein hochexplosives Gemisch dar, welches für den Normalbürger in lebensgefährliche Situationen mündet. Welche Gefahren vor diesen Hintergründen jüdischen Gemeinden in Deutschland tatsächlich drohen, verdeutlicht ein Blick nach Frankreich. Die dortige jüdische Gemeinde, die mit ihren rund 500 000 Mitgliedern die größte Europas darstellt, sieht sich mit einem weitverbreiteten muslimischen Juden Hass konfrontiert, der mitunter tödliche Auswirkungen hat.

Der eingewanderte Juden Hass

Die Muslime in Frankreich (die Schätzungen reichen von 5–9 Millionen bei rund 65 Millionen Gesamtbevölkerung) stammen überwiegend aus Algerien, Marokko, Tunesien, Mauretanien sowie Subsahara-Afrika, Mali, Senegal, Tschad, Guinea, den Komoren und der Türkei. Da diese Herkunftsländer auch den einwandernden Flüchtlingsstrom nach Deutschland betreffen, sind die französischen Verhältnisse dabei, sich nun auch in Deutschland zu etablieren.

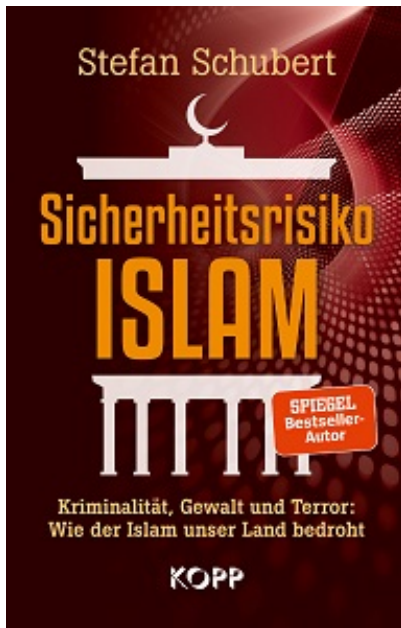
Nicht nur die allgemeine Sicherheitslage hat sich in Frankreich nach der Serie islamistischer Terroranschläge extrem verschärft, sondern insbesondere die der jüdischen Gemeinde, deren Alltag regelmäßig von schweren Gewalttaten erschüttert wird. So sind für das Jahr 2018 541 judenfeindliche Übergriffe registriert, was im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg von rund 74 Prozent darstellt. Bei der Bekanntgabe dieser Zahlen zeichnete der französische Innenminister Castaner dementsprechend auch ein düsteres Bild: »Der Antisemitismus breitet sich aus wie ein Gift«. Und auch Joél Mergui, ehemaliger Präsident des jüdischen Zentralkonsistoriums, zog ein bedrückendes Fazit: »Aus Angst zu stigmatisieren hat Frankreich den Kampf gegen den Islamismus verloren.« Doch nicht nur Frankreich, ist man angesichts der Parallelen in Deutschland hinzuzufügen geneigt.

Muslimische Gang foltert Pariser Juden zu Tode

Unvergessen bleiben die brutalen Folterungen und der Mord an dem französischen Juden Ilan Halimi. Unter einem Vorwand wurde der 23-Jährige in einen Pariser Vorort gelockt, um dort von einer Gang überwältigt und entführt zu werden, woraus sich ein 24-tägiges Martyrium für Ilan entspann. Die Entführerbande um den Haupttäter Youssef Fofana (von der Elfenbeinküste herkommend, mehrfach vorbestraft und in Haft) entkleidete und fesselte ihn, stach mit Messern auf ihn ein und drückte Zigaretten auf seinem Körper aus, um ihn dann mit einer brennbaren Flüssigkeit zu übergießen und anzuzünden. Als man ihn schließlich, mit Säure verätzt, in der Nähe von Eisenbahngleisen entdeckte, war es zu spät, um sein Leben zu retten.

Neben der Bande waren aber auch Nachbarn, Freunde und Bekannte der Täter bei der Bewachung dabei gewesen, hatten den Folterungen zugesehen oder sich direkt an ihnen beteiligt. Niemand in dem muslimisch geprägten Viertel war in diesen 24 Tagen auf die Idee gekommen, die Behörden zu alarmieren. Während der späteren juristischen Aufarbeitung wurden insgesamt 27 Täter wegen Beteiligung an Folter und Mord verurteilt. Doch noch zum Prozessauftritt vor dem Pariser Schwurgericht schrie der Hauptangeklagte Youssef Fofana: »Allahu Akbar«.

Tatmotiv Judenhass



Mireille Knoll war eine französische Überlebende des Holocaust. Am 23. März 2018 wurde die 85-Jährige durch den muslimischen Sohn einer Wohnungsnachbarin mit elf Messerstichen ermordet. Danach legte der 29-jährige Yacine M. Feuer in der Wohnung und drehte den Gasherd auf. Weil er vergessen hatte, den Gashauptahn zu entriegeln, kam es allerdings zu keiner Explosion in der Wohnung. Der Stadtteil, in dem dies geschah, verfügt über einen hohen Anteil an Nordafrikanern und arabischen Einwanderern. Die Behörden

hatten das muslimisch-antisemitische Motiv hinter der Tat sofort erkannt. Doch sie verschwiegen und bestritten es zunächst, um muslimische Vorstadtjugendliche vor einem Pauschalverdacht zu bewahren und zu verhindern, dass sich inmitten des laufenden Präsidentenwahlkampfes die Warnungen und Argumente des Front National bewahrheiten würden.

Der Mord an der 85-jährigen Holocaust-Überlebenden ist seit 2003 bereits das elfte jüdische Mordopfer, das durch islamischen Judenhass in Frankreich zustande kam:

- Sébastien Selam, ein 23-jähriger Jude, wird von seinem Nachbarn und Jugendfreund Adel Amastaibou getötet. Der Muslim ruft bei der Tat: »Ich habe einen Juden getötet! Ich gehe ins Paradies!«
- Mohamed Merah, von algerischer Abstammung, erschießt sieben Personen. Zuerst drei Soldaten in Südfrankreich, danach bei einem Terroranschlag, den er auf eine jüdische Schule in Toulouse verübt, drei Kinder und einen Lehrer.
- Amedy Coulibaly, dessen Familie aus Mali stammt, war ein islamistischer Terrorist, der sich zu al-Qaida bekannte. 2 Tage nach dem Anschlag auf Charlie Hebdo (zwölf Tote) erschoss er hinterrücks die 26-jährige Polizistin Clarissa Jean-Philippe und verletzte einen weiteren Beamten schwer. Einen

Tag später überfiel er einen koscheren Supermarkt in Paris und erschoss bei der Geiselnahme gezielt vier jüdische Menschen.

- Beim Anschlag auf das Jüdische Museum in Brüssel erschoss der algerischstämmige französische Dschihadist Mehdi Nemmouche mit einer Kalaschnikow AK-47 vier Menschen. In der Urteilsbegründung gegen ihn wies das Gericht explizit auf den »ausgeprägten Antisemitismus« dieses islamischen Terroristen hin, der vor Gericht auch keinerlei Reue zeigte. Es handelt sich bei ihm um einen IS-Syrien-Rückkehrer, der über ein Jahr lang bei der Dschihadistenmiliz gekämpft hat. Ihm werden Folterungen vorgeworfen sowie Verbindungen zur Terrorgruppe des 13. November 2015, die unter Abdelhamid Abaaoud eine Anschlagsserie in Paris koordiniert hatte, durch die 130 Menschen getötet und rund 700 verletzt wurden.

- Ein weiteres Mal wurde Frankreich von einem Mord aufgewühlt, dieses Mal an der 64-jährigen jüdischen Sarah Halimi im April 2017. Die Rentnerin war von einem muslimischen Nachbarn totgeschlagen worden. Der Mann aus Mali drang in die Wohnung der Frau ein, folterte sie zu Tode und stieß sie aus einem Fenster im dritten Stock. Während der Tat rief er »Allahu Akbar« und rezitierte Koran-Suren.

Französischer Präsident fordert eine Überprüfung des Korans

Nach dem neuerlichen Mord an einer Jüdin durch einen Muslim unterzeichneten 250 Persönlichkeiten ein Manifest, in dem islamische Theologen dazu aufgefordert wurden, alle Verse des Korans, die zu Mord oder Bestrafungen an Juden, Christen oder sogenannten Ungläubigen aufrufen, als hinfällig zu erklären. Als Vorbild sollte die Distanzierung des Zweiten Vatikanischen Konzils vom katholischen Antisemitismus dienen. Bereits im Jahr 1965 hatte die Katholische Kirche ihren alten »Absolutheitsanspruch« abgelegt, und nichtchristliche Religionen wie das Judentum und den Islam als weitere Wege zum spirituellen Heil anerkannt. Unter den Unterzeichnern des Manifests, das die Überprüfung des Korans einforderte, war auch der frühere Präsident Nicolas Sarkozy. Man stelle sich

mal ein derartiges Engagement vonseiten Angela Merkels und anderer »politisch korrekt« sein wollender deutscher Regierungsverantwortlichen vor!

Was der katholischen Kirche vor Jahrzehnten gelang, wurde von heutigen islamischen Theologen jedoch brüskiert zurückgewiesen. Dabei erfuhren die Islam-Funktionäre sogleich Unterstützung aus dem linken Milieu, die dieses gemeinschaftliche Toleranz fordernde Manifest in gewohnter Manier in die Schublade »Stigmatisierung des Islams« einordnete. Kein namhafter islamischer Theologe – weder in Frankreich noch in Deutschland – hat sich bisher von den Hassaufrufen im Koran distanziert.

Bestellinformationen:

Stefan Schubert: *Sicherheitsrisiko Islam*, 318 Seiten, 22,99 Euro – [hier](#) bestellen!

Dieser Beitrag ist zuerst bei [KOPP Report](#) erschienen.



Asylindustrie: Norwegen steigt aus

Von CHEVROLET | Es ist immer das gleiche Spiel: Da fahren die Schiffe der „Seenotretter“, betrieben von wohltätigen

Organisationen und oft genug finanziert von George Soros, zur libyschen Küste, treffen sich mit Schleppern, übernehmen Goldstücksfracht, schreien lauthals „Nooootfaaaaall“ und „Rettung“ und verlangen dann einen italienischen Hafen, meist den der Insel Lampedusa, anzulaufen, um die Afrikaner ans vereinbarte Ziel nach Europa bringen zu können, obwohl sichere Häfen in Tunesien und Libyen viel näher wären.

Italiens wackerer Innenminister Matteo Salvini untersagt es, doch die „Retter“ schalten auf stur, warten lieber zwei Wochen. Dann wird ein Notfall daraus erklärt, ein paar der Goldstücke, eben die einzigen vielleicht, die schwimmen können, springen ins Wasser, lassen sich filmen, und damit soll gezeigt werden, wie psychisch fertig die ach so geschundenen Smartphone-Besitzer ohne Pass sind.

Schließlich dürfen sie doch an Land, Deutschland nimmt die meisten auf, weil Merkel ja nicht genug Jünglinge aus Afrika bekommen kann, andere Länder ein paar Versorgungssuchende, und die NGO, der das Boot gehört, jubiliert: Wir haben wieder die europäischen Regierungen besiegt und die Gutmenschen fallen gleichermaßen in einen Rausch über so viel Glück.

Ein Land gibt es, dass dieses Affentheater nicht mehr mitmachen will: Norwegen. Dessen Justiz- und Einwanderungsminister Joran Kallmyr hat gegenüber [dem norwegischen Rundfunk NRK bestätigt](#), dass Norwegen trotz einer französischen Anfrage keinen einzigen Migrant der vom Schiff „Proactiva Open Arms“ übernehmen wird und das gleiche für diejenigen auf der „Ocean Viking“ von Ärzte ohne Grenzen gilt.

Norwegen werde keine „Flüchtlinge“ aufnehmen, solange es keine grundsätzlichen „Mechanismen gibt, die diese Personen von der Überfahrt abhalten“, so Kallmyr. Das wäre natürlich fatal für die Schleuser und die mit ihnen kooperierenden Schlepper-Hilfs-Organisationen in Europa.

Außerdem, so der Norweger, müsse es ein System geben, das

sicherstelle, dass die Afrikaner, die nicht nach Europa wollten oder könnten schneller wieder zurückgeschickt werden.



Österreich steht vor dem Verbot des politischen Islam

Von STEFAN SCHUBERT | Nach der Ibiza-Affäre, dessen Hintermänner und Geldgeber größtenteils noch immer im Dunkeln liegen, frohlockte der Mainstream bereits, dass er die Mitte-rechts-Regierung mit FPÖ-Beteiligung erlegt hätte. Doch Österreich ist nicht Deutschland, hier scheint es noch Politiker zu geben, die ihre politischen Taten nach Fakten ausrichten und sich nicht dem Applaus des linken Feuilletons anbieten. So schließt der ehemalige österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz eine neuerliche Regierungskoalition mit der freiheitlichen FPÖ explizit nicht aus.

Ein Schwerpunkt des Wahlprogramms der ÖVP wird auch die Islamdebatte in Deutschland neu entfachen, denn dieser Schwerpunkt wird geradezu sensationell ohne jegliche politische Korrektheit klar benannt, dieser liegt nämlich in der Bekämpfung und dem Verbot des politischen Islam.

Die Umfrageergebnisse zur 27. Nationalratswahl am 29. September 2019 geben seit Monaten ein ähnliches Bild ab:

Demnach liegt die ÖVP bei 35 Prozent und mehr und die FPÖ bei beständigen 20 Prozent. Es deutet somit alles auf eine neuerliche stabile Mitte-rechts-Regierung in Österreich hin. Die ÖVP hat sich längst in Stellung für diese Regierungskoalition gebracht und wichtige Forderungen der FPÖ bereits im Vorfeld der zu erwartenden Koalitionsgespräche übernommen. Das Wahlprogramm der ÖVP liest sich zudem in Teilen wie ein Auszug aus dem aktuellen Buch des Autors [Sicherheitsrisiko Islam: Kriminalität, Gewalt und Terror – Wie der Islam unser Land bedroht](#). Denn die ÖVP tritt in ihrem Wahlprogramm für ein Verbot der Betätigung im Sinne des politischen Islam ein.

Radikale Muslimbruderschaft: In Österreich vor dem Verbot, in Deutschland vom Staat unterstützt

Laut österreichischem Verfassungsschutzbericht, der am 14. August vorgestellt wurde, fallen dort insbesondere salafistische Vereinigungen, Prediger sowie das gesamte Umfeld von terroristischen Organisationen wie des Islamischen Staates und al-Qaida darunter und nun wird es spannend: Auch die Muslimbruderschaft wird in Österreich eindeutig und vollkommen zu Recht dem politischen Islam zugerechnet. Während die Muslimbruderschaft und deren Moscheevereine in Österreich somit vor einem Verbot stehen, kann diese extrem einflussreiche und radikale Islam-Organisation in Deutschland jedoch vollkommen ungehindert agieren.

Erinnert sei an die Islamisten-Konferenz in der DITIB-Zentralmoschee in Köln-Ehrenfeld, dem in Beton gegossenen Herrschaftsanspruch des Islam. Die Kosten liegen bei rund 30 Millionen Euro, die Kuppel verfügt über einen Durchmesser von 25 Metern und die zwei Minarette strecken sich 55 Meter in die Höhe. Bis zu 1200 Muslime können dort gleichzeitig zu Allah beten. Diese Ausmaße sprengen jegliche normalen Dimensionen und können nur als ein offensiver Gebietsanspruch des organisierten politischen Islam in Deutschland gedeutet werden. Im Januar 2019 veranstaltete die türkische Regierung

(!) in der Kölner DITIB Großmoschee eine Islamkonferenz, an der auch führende Funktionäre der Muslimbrüder (MB) teilnahmen oder aus Organisationen stammten, die den MB zugerechnet werden. Unter Erdogan ist der gesamte türkische Staatsapparat dazu übergegangen die Muslimbruderschaft ganz offen zu unterstützen.

Regelmäßig formt Erdogan seine vier Finger zum »R4bia-Symbol« der radikal-islamischen Muslimbruderschaft. Und genau diese Muslimbruderschaft steht im Visier des Verfassungsschutzes, denn der MB wird vorgeworfen einen islamischen Gottesstaat in Deutschland errichten zu wollen. Wegen diesen Hintergründen kritisiert ein Sprecher des NRW-Innenministeriums, »dass die in der jüngeren Vergangenheit durch türkisch-nationalistische Aktivitäten in die Kritik geratene DITIB sich gegenüber der islamistischen Muslimbruderschaft nicht abgrenzt, sondern offensichtlich Beziehungen zu Personen aus diesem Spektrum pflegt«.

Der Inlandsgeheimdienst, zum Schutz der Verfassung, spricht eindeutig von einer Zusammenarbeit des Erdogan-Moscheenimperiums der DITIB mit der radikal-islamischen Muslimbruderschaft, an deren Ende die Errichtung eines islamischen Gottesstaates in Deutschland stehen könnte. Trotz dieser bekannten alarmierenden Umstände gehen deutsche Politiker dagegen nicht vor, sondern im Gegenteil, sie schenken diesen Islamisten noch Grundstücke zum Bau weiterer »Islam-Kasernen« (laut Erdogan-Zitat über Moscheen).

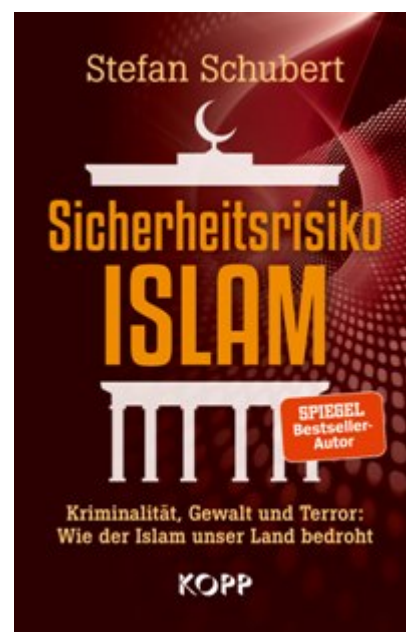
Die islamisch-motivierte Begehung von Verbrechen wird stärker betrifft

Ein weiterer entscheidender Punkt des ÖVP-Wahlprogramms liegt in der Schaffung zusätzlicher Bestimmungen im Strafgesetzbuch. Demnach soll eine »religiös-fundamentalistische« Motivation bei der Verbrechensbegehung als zusätzlicher Erschwerungsgrund bei der Strafzumessung verankert werden. Ein Beispiel: Wenn ein Muslim, bei einem Messermord »Allahu Akbar« brüllt oder in

nachfolgenden Verhören seine Tat durch islamistische Ansichten zu begründen versucht, dann wird das in Österreich nach der Änderung zu einer erheblichen Straferhöhung führen. Die gleiche Tat ruft ja im deutschen Mainstream lediglich die reflexartige Bagatellisierung der Mordtat als »Beziehungstat« oder zur Ferndiagnose des Täters als einen psychisch Kranken aus.

Die Debatte in Österreich und der Kampf gegen den radikalen, den politischen Islam ist nicht wie in Deutschland vom Wunschdenken linksgrüner Realitätsleugner getragen, sondern orientiert sich ausschließlich an Fakten und den Zuständen auf der Straße. Auch die voraussichtliche Aufnahme ins Regierungsprogramm einer islamisch-motivierten Verbrechensbegehung deckt sich 100 Prozent mit der These in [Sicherheitsrisiko Islam](#).

Denn, für diese Muslime stellt der Islam weit mehr dar als eine Religion – wie etwa die evangelische oder die katholische Lehre. Menschen werden eingeteilt in höherwertige Muslime und minderwertigere »Ungläubige«, die es zu bekämpfen gilt, wodurch eine radikale Spaltung der Gesellschaft vollzogen wird. Dieser Hass auf Juden, Christen, »Ungläubige« und westliche Lebensgewohnheiten bildet den Nährboden für Terror, Gewalt und folglich Kriminalität. Wie weit sich eine islamisch motivierte Kriminalität bereits in Deutschland abzeichnet, wird im Buch ausführlich dokumentiert.



Der österreichische Wahlkampf und die zu erwartende neuerliche ÖVP-FPÖ-Regierung werden somit auch der Islam-Debatte in Deutschland neuerlichen Auftrieb beschere. In der Republik stellt sich einzig die AfD einer fundamentalen Islam-Debatte und Kritik. Durch das Regierungshandeln im Nachbarland, welches der Mainstream hierzulande mit der allgegenwärtigen

Rassismusedenunziation zu verhindern versucht, wird somit das Islam-Appeasement von CDU/CSU, SPD und Grünen immer größeren Bevölkerungsgruppen deutlich werden. In Deutschland werden somit nicht nur die ostdeutschen Landtagswahlen und deren Ergebnisse für einen polarisierenden Sommer sorgen, sondern diesem wird sich nahtlos ein heißer politischer Herbst anschließen, der durch Österreichs Neuwahlen und den Schwerpunkt des Verbots des politischen Islam geprägt sein werden.

Bestellmöglichkeit:

» Stefan Schubert – Sicherheitsrisiko Islam: Kriminalität, Gewalt und Terror – Wie der Islam unser Land bedroht, 318 Seiten, 22,99 Euro – [hier](#) bestellen!

Dieser Beitrag ist zuerst bei [KOPP Report](#) erschienen.



Innsbruck: Moslem-Taxifahrer verweigern Blindenhunden den Transport

Von CHEVROLET | Eigentlich ist es ja kein Problem: Ein blinder Flugpassagier kann problemlos seinen Blindenhund

(Assistenzhund) mitnehmen. Das gilt auch für psychotherapeutische Assistenzhunde, also Hunde, die Menschen mit einer psychischen Erkrankung brauchen. Bei Flügen in die USA ist das zum Beispiel bei der [Lufthansa](#) kostenlos, auf anderen Flügen oft auch. Die Hunde dürfen dann in der Kabine transportiert werden, da ihre zweibeinigen Begleiter auf die gutmütigen Tiere angewiesen sind.

Anders aber sieht das offensichtlich bei Taxis in Innsbruck aus, [wie die Tiroler Tageszeitung](#) aktuell vermeldet. Dort haben nämlich selbst Blinde Probleme in Taxis ihren Assistenzhund mitzunehmen. Verständlich ist natürlich, dass die Taxi-Lenker es nicht gerne sehen, wenn ein Hund mit seinen schmutzigen Pfoten zum Beispiel bei Regen oder in der Winterzeit ins Taxi springt und sich auf die Polster setzt. Das wäre sicher noch nachvollziehbar, aber es gibt einen für normal denkende Menschen seltsamen Grund, der dem Zeitgeist der Verherrlichung des Islams entspringt.

Das erlebte Garielle Jandrasits, die für den Blinden- und Sehbehindertenverband Tirol arbeitet, und selbst mit einem Hund im Taxi zum Flughafen fahren wollte. Obwohl sie bereits am Vorabend anrief, habe man ihr bei der Funktaxizentrale erklärt, dass man den Transport für den nächsten Morgen nicht garantieren könne. Als Begründung habe man ihr mitgeteilt, dass es die meisten Fahrer aus Glaubensgründen ablehnen würden, Hunde mitzunehmen. Danach habe man sie direkt an eine Taxinummer verwiesen – dort habe man ihr die Vorausbestellung samt Hundetransport dann zugesichert.

Einem vollblinden ehemaligen Vorstandsmitglied des Blindenverbandes erging es nicht besser. In der Annahme, dass ihr Blindenbegleithund ohnehin mitgenommen werden müsse, habe sie den Hund telefonisch gar nicht erwähnt. Der Taxifahrer habe dessen Mitnahme dann aber verweigert.

Die Geschäftsführer der Innsbrucker Funktaxizentrale, Anton Eberl und Harald Flecker, entschuldigten sich ausdrücklich für

die Vorfälle und boten der Passagierin als Geste einen Gutschein an. Sie bestätigten die Problematik prinzipiell: „Wir sind selbst nicht Eigner der Taxis, sondern vermitteln nur“, schickt Flecker voraus. Fakt sei aber, dass mittlerweile rund 80 Prozent der Fahrer einen Migrationshintergrund hätten – und dass Moslems Hunde traditionell häufig als „unrein“ ansehen würden.

„Wir versuchen, den Fahrern immer wieder begreiflich zu machen, dass so etwas bei uns nicht geht und dass diese Fahrten genauso auszuführen sind wie jeder andere Auftrag. Im Moment sind wir aber leider nicht in der Lage, dieses Problem wirklich befriedigend zu lösen“, sagte Flecker.



Muslimische Macheten-Attacke in London – Polizist schwer verletzt

Von JEFF WINSTON | Es gibt sie noch, die wahren Superhelden: Als der Londoner Polizist Stuart Outten, 28, in der Nacht zum heiligen Freitag in Leyton im Nordosten Londons bei einer Routine-Verkehrskontrolle den dunkelhäutigen Fahrer eines verdächtigen weißen Lieferwagens kurz vor Mitternacht nach einer kurzen Verfolgungsjagd kontrollieren wollte, fühlte sich dieser diskriminiert. Folglich stieg der Fahrer, [Muhammad](#)

[Rodwan, 56](#) aus dem Fahrzeug und hackte nach einer verbalen Auseinandersetzung mit seiner Machete vier Mal brutal auf den Kopf und dann weiter auf den Körper des überraschten Bobbys ein. Schwer verletzt konnte der couragierte Cop Stuart Outten als letzte Amtshandlung noch geistesgegenwärtig seinen 50.000-Volt Taser gegen den islamischen afrikanischstämmigen Aggressor aktivieren, bevor er schwerst verletzt zusammenbrach.

Englische Medien: „The hardest bobby in Britain“

Scotland Yard sprach am Donnerstag von einer „plötzlichen und brutalen Attacke“. Der Zustand des Polizisten sei „kritisch, aber stabil“. Kurioserweise wurde nach dem brutalen Macheten-Mordversuch durch den 56-jährigen Muhammad – einem Mitglied „der Religion des Friedens“ – auch die Freundin des Polizisten an den Tatort gerufen. Die [20-jährige Polizistin](#) musste dann geschockt feststellen, dass ausgerechnet ihr Verlobter Stuart Outten das Opfer des „Macheten-Maniacs“ (Englische Medien) war.

Premierminister Boris Johnson sprach dem schwerst verletzten Polizisten sein Mitgefühl aus. „Mir zeigt dies auch, dass es von elementarer Bedeutung ist, in die Polizei zu investieren. Deshalb werden wir 20.000 zusätzliche Beamte einstellen, und den Polizisten die rechtliche Ausstattung geben, um Messerkriminalität und andere Gewalttaten in Angriff zu nehmen“, sagte Johnson in einem Interview mit der BBC.

Deutsche Medien: Mann attackiert Polizisten – kein Terror

Der „Focus“ und ALLE anderen deutschen Linksmedien berichten täterneutral, wie üblich – man möchte ja den Lesern keine weiteren Gründe für den überraschenden EU-Austritt liefern. Hier die Meldung von [„Focus“ unter der Rubrik Panorama](#):

„Mann attackiert Polizisten bei Verkehrskontrolle

*Mit einer Machete hat **ein Mann** in London mehrfach auf einen*

*Polizisten eingestochen und ihn schwer verletzt. Scotland Yard sprach am Donnerstag von einer „plötzlichen und brutalen Attacke“. Der Zustand des Polizisten sei „kritisch, aber stabil“. Er habe unter anderem Verletzungen am Kopf und an der Hand erlitten. Man gehe nicht von einer Terrorattacke aus, teilte Scotland Yard weiter mit. Das Opfer und sein Kollege hatten gegen Mitternacht versucht, einen Lieferwagen anzuhalten. **Der Fahrer** raste zunächst davon, wurde aber von dem Polizeifahrzeug verfolgt. Als **der Mann** aus dem Lieferwagen ausstieg, schlug **er** mit der Machete zu.*

*Der verletzte Polizist konnte sich wehren, bis sein Kollege **den Täter** festnahm. **Dieser** soll zwischen 50 und 60 Jahren alt sein. Angriffe mit Messern haben in Großbritannien stark zugenommen“.*

Hervorhebungen in der politisch korrekten dpa-Meldung durch PI-NEWS – die meisten Mainstream-Medien verzichteten gleich auf einen Bericht über die weitere brutale Macheten-Attacke in London.

Sein Mut brachte Stuart Outten sogleich die Bezeichnung „The hardest bobby in Britain“ ein; als ihn ein zuhulfe eilender Passant auf das Blutbad und den abgetrennten Daumen hinwies, entgegnete der Cop: ‘Oh, yeah.’



Police-Hero Stuart Outten l.), 28, überlebte den Mordversuch des Macheten-Maniacs Muhammad Rowan r.), 56. Englische Medien feiern den Good Cop – deutsche Medien und Mainstream-Politiker würden die „polizeiliche Gewalt“ gegen friedliche Minderheiten wohl schärfstens verurteilen.

In Deutschland hingegen würden sich Umvolkungs-süchtige Politiker und Medien zunächst ernste Sorgen über das 56-jährige Macheten-Menschengeschenk machen, zum Beispiel die Macheten-Mord-Spezialistin Renate Künaxt von Päd90/DieIrren: Tragisch und wir hoffen für die Verletzten – noch Fragen?



„1984“ – neues Portal für gelöschte und zensierte Videos

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | **Update: Jetzt mit Teil 2 und 3 des Video-Gespräches!** Derzeit befinde ich mich bei Oliver Flesch auf Mallorca, da dort ein Arbeitstreffen für das [neue Portal „1984“](#) stattfindet, eine Mischung aus Magazin, Videoplattform und sozialem Netzwerk. Motivation für diese Neugründung war in erster Linie die immer schlimmer werdende Zensur bei Youtube, Facebook und anderen sozialen Medien.

Ich selber bin gerade auch mehrfach davon betroffen: So wurde ich bei Facebook für 30 Tage gesperrt, da mein Interview (!) mit Tommy Robinson aus dem September des vergangenen Jahres anlässlich der Verleihung der Auszeichnung „Europäischer Patriot des Jahres“ jetzt in das Visier der Blockwarte geriet und aus welchen Gründen auch immer den Community-Richtlinien „widerspreche“.

In dieser Hinsicht dürfte das von Joachim Steinhöfel [erreichte Urteil](#) beim Oberlandesgericht Oldenburg künftig Besserung versprechen, denn Facebook wurde dazu verurteilt, die Gründe für jede Sperrung angeben zu müssen. Dies zählt zwar zunächst nur für die Nutzer im Bereich des OLG Oldenburg, ist aber schon einmal ein Anfang.

Youtube hat kürzlich auch einige Videos der BPE-Kundgebungsserie in Nordrhein-Westfalen aus unerfindlichen Gründen gelöscht, die wir jetzt bei „1984“ erneut hochladen und veröffentlichen können. Es ist nun auch möglich, Gespräche und Interviews aufzunehmen, bei denen man nicht aus Angst vor dem über einem schwebenden Damoklesschwert der politischen Korrektheit hochvorsichtig mit angezogener Handbremse zwischen den Zeilen formulieren muss. Es ist höchste Zeit, dass wir die

Dinge klar beim Namen benennen: Der Politische Islam ist die größte ideologische Gefahr, mit der die Menschheit konfrontiert ist, gefährlicher als Kommunismus und National-Sozialismus zusammen.

Hierzu habe ich mit Oliver Flesch ein Gespräch geführt, dessen Grundlage ein Studio-Interview im jordanischen Fernsehen war. Dort ließ sich ein islamischer Gelehrter ganz offen über die Pläne zur Islamisierung Deutschlands und Europas aus. Alles, was er zur geplanten Unterwerfung der „Ungläubigen“ sagte, entspricht exakt der islamischen Ideologie, so wie sie im Koran in zeitlos gültiger Befehlsform niedergeschrieben ist.

Zudem stellte der Mohammedaner auch klar, dass der Djihad gegen Israel genauso erbarmungslos geführt werde wie gegen Europa: Unterwerfen sich die „Ungläubigen“ nicht, werden sie vernichtet.

Unfreiwillig komischer Höhepunkt der Sendung war, als ihn die (kopftuchlose) Moderatorin fragte, ob er nicht nachvollziehen könne, dass die Völker Europas Angst vor dem Islam hätten, und er entgegnete, die Völker wollten den Islam ja, nur die Regierungen nicht (!).

Oliver Flesch hat unser ausführliches Gespräch, in dem wir auch aktuelle Themen und Grundsätzliches wie die völlig kontraproduktiven diversen Verschwörungstheorien zu islamischen Terroranschlägen angesprochen haben, die immer wieder den Blick vom alleinigen Verursacher – dem Politischen Islam – auf irgendwelche angeblichen obskuren dunklen Mächte im Hintergrund richtet, was letztlich nur den Interessen von moslemischen Funktionären und notorischen USA-Gegnern in die Hände spielt, in drei Folgen aufgeteilt. [Hier Teil 1.](#)

Update: [Teil 2](#) und [Teil 3](#).



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon](#).



Österreich: Gerald Grosz spricht Klartext

Der ehemalige österreichische BZÖ-Nationalratsabgeordnete (Oktober 2008 bis Oktober 2013) und jetzige [YouTuber](#) und Politik-Kommentator, Gerald Grosz (42), hat vor wenigen Tagen bei [Fellner!Live](#) äußerst deutliche Worte gefunden, mit denen

er unzähligen Lesern von PI-NEWS, die uns das Video mehrfach mit der Bitte um Veröffentlichung zugesandt haben, aus tiefster Seele gesprochen hat. Wir kommen der Bitte unserer Leser hiermit gerne nach...



Nun ist es offiziell: Auch US-Dienste überwachten Anis Amri

Von STEFAN SCHUBERT | Am 19. Dezember 2016 verübte der IS-Terrorist auf dem Berliner Weihnachtsmarkt den bisher schwerwiegendsten islamischen Terroranschlag in Deutschland. Insgesamt ermordete Amri im Namen Allahs 12 Menschen und verletzte über 70 weitere Personen.

Mit dem heutigen Tag, dem 31. Juli 2019, ist eine weitere »Verschwörungstheorie«, die Verwicklung von US-Diensten im Fall Amri, nun zur bitteren Realität geworden. Die Berliner Zeitung schrieb dazu, dass das FBI Amris Handy überwacht und noch einen Tag nach dem Anschlag in Berlin geortet haben soll.

Im Nachgang des Anschlages verwickelten sich die Bundesregierung, Sicherheitsbehörden und Geheimdienste in unzählige Widersprüche und Lügen, ohne dass die sogenannten Qualitätsmedien darüber angemessen berichteten. Die offizielle Version im Fall Amri dient lediglich dazu, von den politischen

und geheimdienstlichen Verwicklungen der Bundesregierung abzulenken.

Als Kern dieser Desinformationskampagne fungierte die bis heute verbreitete Einzeltäter-These, demnach hätte der kleinkriminelle Anis Amri den Terroranschlag alleine begangen.

Die Verbreitung einer solchen These diene nicht nur dazu, von den eigentlichen Hintergründen des Falles Amri abzulenken, sondern auch, um die Bevölkerung möglichst ruhig zu halten. Denn in Wirklichkeit handelte es sich bei dem Terroranschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt um einen koordinierten Terroranschlag von IS-Zellen in Deutschland, Italien und Libyen. Dies haben monatelange Recherchen des Autors ergeben, bei denen er sich Einsicht in über 25.000 geheime Akten und Dokumente von Behörden, Geheimdiensten und der Polizei verschaffen konnte. Darüber hinaus haben sich dem Autor am Fall beteiligte Terrorermittler anvertraut, die ihr Wissen exklusiv zur Verfügung stellten. Die Ergebnisse der umfangreichen Recherchen wurden in dem Buch [Anis Amri und die Bundesregierung: Was Insider über den Terroranschlag vom Breitscheidplatz wissen](#) zusammengefasst und veröffentlicht.

In den vergangenen Monaten erschienen Artikel, etwa im Focus und bei Zeit Online, die nach und nach Thesen des Buches übernahmen und ihren Lesern als eigene Enthüllungen verkauften. Hinweise auf das Amri-Buch unterließen die Qualitätsmedien. Nur die freien Medien, Heise online und auch RT Deutsch blieben kontinuierlich am Fall Amri dran, ohne die Lügen des Kanzleramtes zu verbreiten. Sie berichteten hingegen ausschließlich faktenbasiert. In einem Interview des Autors mit RT Deutsch ging es auch um das politisch-mediale Schweigekartell im Fall Amri:

RT Deutsch: »Welchen Hintergrund vermuten Sie hinter den >Enthüllungen< des Focus, der ansonsten ja auch fleißig bei Ihnen abgeschrieben zu haben scheint? ...«



Schubert: »Ja, in der Tat, im Focus und in anderen deutschen Medien werden nun Stück für Stück meine Recherchen und Thesen aus dem Buch Anis Amri und die Bundesregierung bestätigt, jedoch ohne auch nur einmal mein Buch zu erwähnen. Dies ist ein weiterer Tiefpunkt der deutschen Medienlandschaft, was einzig dem Boykott der regierungskritischen Bücher des verlegenden Kopp Verlags geschuldet ist. Ein Armutszeugnis der selbsternannten >Qualitätsmedien<.«

Das gesamte Interview können Sie [hier](#) nachlesen.

Jede These des Buches wurde durch spätere Erkenntnisse bestätigt

In Der Amri-Komplex: Anatomie eines Terroranschlages, einem Hintergrundartikel auf Heise online, werden viele der neuen Erkenntnisse zum Fall Amri zusammengefasst. Jede aktuelle Enthüllung deckt sich mit den im Buch aufgeführten Aussagen. Auch der Gegencheck bestätigt dies, da es keinerlei Erkenntnisse gibt, die im Widerspruch zu den Aussagen des Buches stehen.

In dem [Heise-Artikel](#) heißt es unter anderem:

»Der Sicherheitsapparat der Bundesrepublik und die politische Exekutive tun alles, um die Hintergründe zu verschleiern und

vernebeln.«

»Viele Fragen zum Anschlagsgeschehen sind offen. Wesentliche Ermittlungsschritte wurden noch gar nicht unternommen.«

»Welche Videoaufnahmen und Lichtbilder gibt es vom Tatgeschehen? Die Öffentlichkeit kennt nur eine wenige Sekunden lange Sequenz, aufgenommen aus einiger Entfernung aus einem Hochhaus, die zeigt, wie der LKW über den Markt rast, die aber abbricht, als das Fahrzeug zum Stehen kommt. In einer längeren, bisher nicht gezeigten Fassung, sieht man den Fahrer aussteigen und am LKW entlang nach hinten laufen. Wohin?«

»Gab es Mittäter, Helfer oder Mitwisser? Wie lange wurde der Anschlag vorbereitet?«

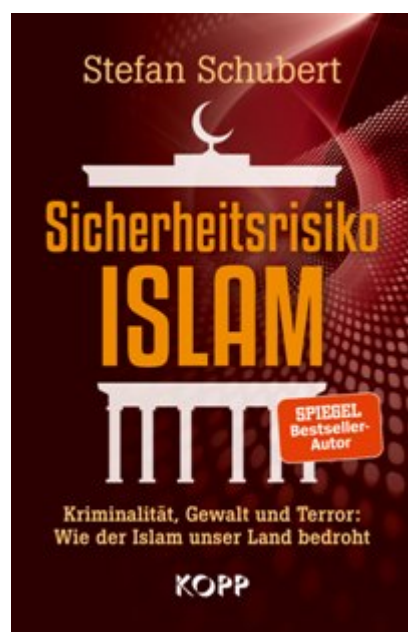
»Das BfV scheint über allem gestanden zu haben. Auffällig ist außerdem, dass die Causa Amri immer wieder Chefsache war. LKA-Leiter, stellvertretender Generalstaatsanwalt oder der BfV-Präsident waren persönlich damit befasst.«

Im Prinzip handelt es sich bei jeder einzelnen Erkenntnis um einen regelrechten Skandal. Doch die Mainstream-Medien und das politisch kontrollierte Staatsfernsehen boykottieren die journalistischen Ansätze, die die Regierung in irgendeiner Weise belasten könnten. Im neuen Buch Sicherheitsrisiko Islam: Kriminalität, Gewalt und Terror – Wie der Islam unser Land bedroht werden die Ermittlungsergebnisse im Fall Amri bestätigt.

So beging Amri nicht nur umfangreichen Asylbetrug mit 14 Tarnidentitäten, die den Behörden allesamt bekannt waren, sondern er verkaufte auch Rauschgift in Berlin, um seine Terrorpläne zu finanzieren. Dazu agierte er bandenmäßig mit bekannten Mitgliedern krimineller Araberclans und hatte dadurch auch Berührungspunkte zum Abou-Chaker-Clan in Berlin.

Lediglich die These, dass es sich im Fall Amri in Wirklichkeit um eine internationale Geheimdienstoperation handelte – unter

Führung der CIA – die dazu dienen sollte, Kommandostrukturen des IS und Bombenziele gegen libysche Terrorcamps zu identifizieren, wurde der Öffentlichkeit bislang verschwiegen. US-Geheimdienste überwachten Anis Amri nahezu lückenlos und nutzten ihn als Lockvogel, um Metadaten über den Islamischen Staat und speziell über den terroristischen IS-Ableger in Libyen zu sammeln.



Seit heute berichten nun auch deutsche Zeitungen über eine Beteiligung amerikanischer Dienste im Fall Amri. So wurde im Untersuchungsausschuss bekannt, dass das FBI Amris Handy überwachte. In der heutigen Ausgabe der Berliner Zeitung steht: »Auch das FBI soll Amri auf dem Schirm gehabt haben, ... Demnach hätten die Amerikaner vor einigen Wochen Ermittlungsakten an die Bundesregierung geschickt. Diese Geheimpapiere könnten Mitglieder des Amri-Untersuchungsausschusses – ungeschwärzt –

in der Geheimschutzstelle des Bundestages einsehen.«

Weiter heißt es: »Laut Berliner Zeitung nennt das FBI in dem Dokument auch die dazugehörige Telefonnummer. Sie sei den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses bis dahin nicht bekannt gewesen ...«

Ein anderer Artikel in der Berliner Zeitung, in dem die amerikanische Spur im Fall Amri thematisiert wurde, ist folgendermaßen überschrieben: »Wusste das FBI mehr als die deutschen Sicherheitsbehörden?«

Das gesamte Ausmaß der geheimdienstlichen Verstrickungen ist im Buch dokumentiert.

Bestellinformationen:

Stefan Schubert: Anis Amri und die Bundesregierung, 19,99 €,

[hier](#) bestellen!

Stefan Schubert: Sicherheitsrisiko Islam, 22,99 Euro – [hier](#) bestellen!

Dieser Beitrag ist zuerst auf [KOPP Report](#) erschienen.